

Bezugspreis
Für Halle monatlich bei postamtlicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
ausgeschlossen. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Sonder-Zahlung eingetragen. Für an-
sonsten eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Postämter sind mit der Quellen-
angabe „Haale-Zeitung“ versehen.
Gesamt der Zeitschriften Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133.
Verlags-Stelle Leipzig Nr. 4609.

Haale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7. und 9. Kolonne
oder deren Raum mit 30 Pf. berech-
net und in unserer Annoncenzei-
tung und allen Anzeigengeschäften an-
genommen. Beilagen die Seite 1 für
Schluss der Anzeigen-Annoncen
sowen 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Anzeigun-
gen von Anzeigenschreibern, sowie
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erläuterung: Halle a. S.
Erscheinung 2mal, Sonntags 1mal.
Schriftleitung und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, Gr. Braunschweiger-
str. 17. Adress-Verzeichnisse: Markt 24
und Gr. Ulrichstr. 52.

Nr. 86.

Halle, Mittwoch, den 20. Februar

1918.

Die Unterwerfung Rußlands!

Die Beute im Osten: Mehrere hundert Geschütze und 2500 Gefangene eingebracht. — Die Nachricht von der russischen Unterwerfung im Reichstag. — Die Aeußerungen der Parteifreder.

Der Funkspruch der Bolschewisten an Deutschland.

Der Rat der Volkskommissare erklärt sein volles Einverständnis mit dem vom Vierbunde vorgeschlagenen Bedingungen in Brest-Litowsk.

Berlin, 20. Febr. Staatssekretär v. Kühlmann verlas im Verlaufe seiner heutigen Rede im Reichstoge nachstehenden

Funkspruch der Bolschewiki-Regierung in Petersburg an die deutsche Regierung:

Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt wurden. (Hört! hört! auf allen Seiten des Hauses.) Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben werde. (Hört! hört! Lebhaftige Bewegung im ganzen Hause.)

Der Wortlaut der Rede Kühlmanns.

Die Wirkung der Mitteilungen im Reichstoge. — Kühlmann warnt vor übereiliger Freude.

Stimmungsbild.

Berlin, 20. Februar.

Das Haus war außerordentlich gut besucht. Auch die Tribünen waren überfüllt. Mit großer Enthufiasmus wurde die während der Sitzung eingeangene Erklärung der russischen Regierung aufgenommen, wonach diese die von den Zentralmächten in Brest-Litowsk gestellten Bedingungen annehmen will. Die allgemeine Meinung in der Kammer ging dahin, daß sofort von Trotski Sicherheiten verlangt werden müssen. Man war der Meinung, daß deutscherseits die sofortige Zurückziehung sämtlicher maximalistischer Truppen aus Rußland und der Ukraine verlangt werden müsse. Zu den deutschen Forderungen schreibe auch die umgehende Freilassung der aus den Dissen-gefangenen als Geiseln verhafteten deutschen Staatsangehörigen.

Während der Rede des Staatssekretärs von Kühlmann riefen auch Graf Hertling im Saal. Man ver-merkt, daß er zu den neuesten Nachrichten im Laufe der Debatte das Wort ergreifen wird.

Am der Börse

machte die Nachricht von der Erklärung der russischen Regierung großen Eindruck. Die russischen Papiere ließen sofort im Kurse, namentlich russische Banken und Bahnen gingen mehrere Prozenge in die Höhe.

Am Bundesratssitzung: Reichszugler v. Hertling, Reichszugler v. Papier und Staatssekretär v. Kühlmann. In der Diplomatensloge wohnten die gegenwärtig in Berlin weilenden Mitglieder der ukrainischen Re-zeiung den Verhandlungen bei.

Vizepräsident Dr. Dove eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr. Er gedachte in herzlichen Worten des goldenen Hochzeitjubiläum des Königs von Bayern und erhielt die Erwählung, im Namen des Reichstages ein Glückwunschelegramm nach München zu senden.

Darauf nahm das Wort

Staatssekretär v. Kühlmann.

er ausführte: Der Frieden mit der Ukraine ist der erste Friedensschlag in diesem gewaltigen Kriege. Gleich nachdem der martische Bau des Jatismus, der durch die Entzweiung des Weltkrieges unter einem unangenehmen Maße

von Schuld

zusammengebrochen war, zeigten sich im Gebiete der Ukraine, die nicht Großrußland eines der stützenden Elemente des früheren russischen Kaiserreichs umfaßt, nationale Bezierungen, die auf eine Stärkung des Stammesbewußtseins abzielten. Als die ukrainische Abordnung in Brest-Litowsk Tag auftrat, hat die ukrainische Regierung eine anerkennende Friedenspolitik betrieht, hat sie freundschaftliche Beziehungen zu den Mächten hergestellt, weil sie in keiner Weise unter den Forderungen des Jatismus leiden wollte, sondern sich nach Frieden sehnte. Die Verhandlungen mit den

Ukrainern waren nicht ganz leicht, denn, wie es immer in Zeiten nationalen Aufschwunges der Fall ist, wurden auch hier territoriale Anforderungen gestellt, die nicht erfüllt werden konnten. Wir haben diese Abgrenzung nach Großrußland bis einem späteren Zeitpunkte überlassen und uns darauf beschränkt, die Grenze nach Westen zu ziehen. Die getroffene Lösung hat bei den Polen leb- haften Protest erregt. Es wäre irrtümlich anzunehmen, daß wir in Brest-Litowsk uns der entscheidenden Wichtigkeit dieser Grenzregelung nicht bewußt gewesen wären. Diese Grenze ist von größtem Werte für die anhepolitischen Beziehungen Deutschlands und sie berührt in der Donau-Monarchie neben auspolitischen auch folgenschwere innenpolitische Interessen. Ministerpräsident v. Seide hat sich hierüber gestern ausführlich geäußert. Auch ich muß sagen, daß, wenn an dieser Frage der Friede mit der Ukraine ge- schickter wäre, die

bedrückende Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Verhalten seiner Unterhändler nicht nur nicht verstanden, sondern auch auf das schärfste mißbilligt haben würde. (Sehr richtig.) Doch wir eine gerechte Abgrenzung des Cholmer-Gebietes von Anfang an nicht aus den Augen verloren haben, ersieht sich schon daraus, daß wir die Grenz- ziehung im einzelnen der Regelung durch eine Kommission vorbehalten haben. Neue Verhandlungen mit der Ukraine haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Festlegung der Grenze nicht abgeändert werden kann, so daß die ethno- graphischen Verhältnisse und die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden können. In dieser Kommission werden auch politische Vertreter sein, womit im Rahmen des Möglichen alles getan worden ist, eine gerechte Abgrenzung zu erreichen. (Sehr richtig!) Der

Streit um die Cholmer Grenze bringt Auseinandersetzungen über den mit der Ukraine ab- geschlossenen Friedensvertrag, die zu einer Zurückziehung des gesamten politischen Problems führen könnten. Das erscheint mir aber nicht erwünscht, denn dazu wird später Zeit und Gelegenheit genug sein. Nicht den politischen Er- wägungen, die zum Abschluß des Vertrags führten, kam noch, daß die Ukraine, wie glaubhaft versichert wird, auch jetzt noch über wesentliche Vorräte an Roggtreide und Futter- mitteln verfügt, die sie zum Teil abzugeben in der Lage ist. Sowohl für uns wie in erheblichem Maße für Desterreich-Ungarn ist die Herstellung eines Verkehrs mit der Ukraine, der Austausch der dort vorhandenen Weierstoffe an Getreide, Futtermitteln auch Rohstoffen gegen bei uns und in Desterreich vorhandene Industrieprodukte ein ganz wichtiges Interesse.

Das wird im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung dazu führen, daß zur Entlastung des Verkehrs gewisse Maßnahmen getroffen werden müssen. Die Materie des Ver- trages im einzelnen eignet sich besser zur Erörterung in der Kommission. Das eine glaube ich aber sagen zu können, daß dieser erste Friedensschritt, der wesentlich das weitere Ver- träge als Grundlage dienen wird, die Abheerziehung von Millionen vollkommen gewährleistet. (Der Reichskanzler schloß die Sitzung ab.)

(Fortsetzung Seite 2)

Vormarsch.

Auf der langen Front vom Rigaliden Meerbusen bis in die Gegend südlich von Ruda haben sich die deutschen Divisionen erneut in Bewegung gesetzt. Jeder Widerstand wird gebrochen; die Russen ziehen sich schleunigst zurück. Anz, die Operationen nehmen in allgemeiner Weise den beachtlichen Verlauf. Wenn man das nur auch von der Reformarbeit im Innern sagen könnte! Der Vormarsch ist zwar auch hier angetreten, aber er kommt nicht recht zum Ziele. Die Widerstände, die sich dem Vormarsch des inneren Fortschritts entgegenstellen, sind zu groß, als daß ein schnelleres Vordringen möglich wäre. Der konservative Gegner gibt eine Position immer nur im letzten Moment auf, wenn sie dem besten Willen nicht mehr zu halten ist. Er hat für seinen politischen Kampf sein eigenes System; das der offe- siven Defensive. Der konservative Gegner begnügt sich nicht mit der Verteidigung seiner alten reaktionären Stellung, er geht auch reichlich zum Angriff über, um neuen Boden für die Reaktion zu gewinnen. Auf der konservativen Seite des preußischen Landtags wollte man durch die Gestaltung des Herrenhauses nicht nur die dort bisher geübte Macht her- vorheben, man wollte auch durch reaktionären Ausbau der Stellung im Abgeordnetenhaus selbst für einen Rückschritt sorgen. Der Vizepräsident Dr. Friedberg und der Minister des Innern Dr. Droys haben keinen Zweifel darüber ge- sprochen, daß der von den Konservativen im Verfassungsaus- schuß des preußischen Reichstages beschlossene Entwurf der weiteren Rückschritt sein würde. Das Pluralwahlrecht, das die Konservativen an die Stelle des gleichen setzen wollten und das in Verbindung mit einem berufsbündigen Wahl- recht gedacht ist, würde noch plutokratischere Wirkungen zeigen wie das bisher bestehende Dreiklassenwahlrecht. Das Pluralwahlrecht würde noch vergrößert werden. Wiederum wird mit der Bildung, für die eine Zusatzstimme geben sollte, operiert. Mit Recht ist demgegenüber die Frage auf- geworfen worden, ob denn nun alle, die auf diese Zusatz- stime kein Recht haben, als ungehörig anzusehen sind. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Der Zentrum und die weiterführender Stegerwald, der für sich im Herrenhaus betrie- ben würde, würde dann zu den Angehörigen gehören! In der meisteiligen Rede eines Fortschrittlers ist auch auf einen anderen Umland hingewiesen worden, der so recht zeigt, wie sich die Konservativen bei ihrem Vorgehen das gleiche Wahlrecht vorzogen. Sie treffen ihre Maßnahme lediglich deshalb, um einer Kapitalfalterung des preußischen Landtags entgegenzuarbeiten. Man wollte sie auf eine bestimmte Kinderzahl eine Zusatzstimme gewähren. Was wäre die Folge? Bestäme diese Zusatzstimme etwa der Großgrund- besitzer im Osten oder der Schwer-Industrielle im Westen? Diese Zusatzstimme würden doch nur die Kräfte — das Proletariat — bekommen, denen die Reaktion größte Rechte nicht gewähren will; denn sie sind es, die dem Staate den Reiner- strom bringen.

Die Konservativen haben sich zu einer Schlaufe bekennen müssen, als sie in der Dienstag-Sitzung ihren Antrag zurück- zogen. Dafür haben sie sofort einen neuen Antrag gestellt, der kaum bedeutend von dem zurückgezogenen abweicht. Auch er würde die Einführung eines Pluralwahlrechts mit sich bringen, das mit dem Besten derartiger Art ist. Schon mit dieser kurzen Sitzung des neuen Antrags ist die Stellung gegeben, die der gelamte Liberalismus gegen ihn einnehmen sollte. Er bedeutet, genau wie sein Vorgänger, eine Verhöhung des Volles, das keinen Rückschritt, sondern einen Vormarsch will, der nicht gerade in einem freudmässigen Tempo gehalten zu sein braucht. Von ausschlaggebender Be- deutung ist hier die Haltung der Nationalliberalen. Ihr Verdienst wird es zu einem wesentlichen Teile sein, wenn auch der neue konservative Drahterbau befestigt wird. Um- gekehrt werden sie die Verantwortung zu tragen haben, wenn den Konservativen jetzt noch ein Erfolg beschieden sein sollte. Was nicht nur die Verantwortung werden sie zu tragen haben, sondern auch die schwerwiegenden Folgen, die eine solche Haltung der Nationalliberalen nach sich ziehen müßte. Denn auch die Masse der nationalliberalen Wähler will das gleiche Wahlrecht. Das wird bewiesen durch die ent- sprechenden Beschlüsse zahlreicher Verbände der National- liberalen. Wir nennen uns den letzten Tagen nur die Sach- ständige Nationalliberalen, diejenigen der Downing Street, der Nationalliberalen und die Sommeren. Ein Staatssekretär der Nationalliberalen hat vor den Konservativen würde nicht nur den Verrat ihres bisherigen Führers Dr. Friedberg darzulegen, der sich immer wieder für das gleiche Wahlrecht eingesetzt hat, es würde bei der ganzen Stimmung der Bevölkerung

ein wichtiges Spiel mit der national-liberalen Partei besetzt sein.

In einem richtungsvollen Vorratshaus gehört nicht nur eines disziplinierter Truppe, sondern auch ein gleichmäßig führender Führer, Bläser machte es bei sich, als ob sich Dr. Friedberg zu einem solchen Führer auszuwählen mochte. Er hat die Regierung immer wieder dahin festgelegt, daß für sie nur das gleiche Wahlrecht in Frage kommen könne. Nach diesen Erklärungen, die bestimmte Form hatten, sollte kaum noch anzunehmen sein, daß es für die Regierung auch einen anderen Weg gibt. Und doch hat eine Neuerung Friedbergs bedenkliche Anlässe mit sich gebracht. Auf eine national-liberale Anfrage hat der Abgeordnete des preussischen Ministeriums gemeint, daß die Regelung gewisser Modifikationen der Vorlage verfallen könnte, die auf natürliche Grundzüge liegen, so daß jeder Staatsbürger in der Lage sei, sich diese Eigenschaften zu erwerben. Das hängt mit ein belgisches Beispiel. Das ist ein faustfauliger Begriff, der sich nach Belieben dehnen und strecken läßt. Die inhaltlich abgeleitete Bildung kann sich letzten Endes jeder Bürger verschaffen, Vermögen ebenfalls — besonders wenn er Kriegesgefahr ist, Kinder ebenfalls. Was also hat Herr Dr. Friedberg im Auge gefaßt? Was er meinen könnte, bringt der konservative Antrag, gegen den er sich aber doch mit scharfen Ausführungen gewandt hat. So wäre es besser gewesen, wenn sich der Abgeordnete von dieser Unklarheit fern gehalten hätte. Er erleichtert damit nicht die eigene Lösung, fügt vielmehr nur die Stellung der Konfessionen. Dann oder können solche Unklarheiten auch nicht das Vertrauen zur Regierung haben und seligen. Das Objekt des Kampfes ist nach wie vor klar: Selbstmündigkeit über gleiches Wahlrecht! Einen dritten Weg gibt es nicht. Die von der Regierung klar erkannte Staatsnotwendigkeit durchzuführen, heißt auch fernerhin, sich zweifelsfrei für das gleiche Wahlrecht entscheiden.

Englands Heeresstärke.

London, 18. Febr. (Reuter.) Der Vorschlag für das Heer für 1915/16 ist heute verabschiedet worden. Darin werden fünf Millionen Mann vorsehen.

Zurückweisung englischer Verleumdungen.

Wien, 13. Februar. (Amst.) In der holländischen Presse vom 10. Februar ist als amtliche englische Bekanntmachung ein Telegramm verbreitet, nach dem die Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen Teufel und Rußland am 15. Dezember durch Abrufen von Divisionen zum Westen nach dem 15. Dezember verletzt hätten. Diese amtliche Nachricht ist eine Falschmeldung und ein Gegenstand für die Verleumdung der Rede des Grafen Gernin. Im Waffenstillstandsvertrage war vereinbart, daß keine operativen Truppenbewegungen durchgeführt werden sollten, die nicht im Augenblick der Unterzeichnung schon eingeleitet waren. Die Truppenbewegungen, die nach dem 15. Dezember stattgefunden haben, sind sämtlich bereits durch den Waffenstillstandsvertrag als unzulässig erklärt. Die Bedingungen des Waffenstillstandes haben die Bedingungen des Waffenstillstandes und dem Sinne nach das gleiche in sich. In dieser Hinsicht werden auch alle die bekannten, aus bürokratischen Gründen verbreiteten Verleumdungen und Verleumdungen der Entente nichts ändern.

Lloyd George vor dem Unterhause.

London, 19. Febr. (Reuter.) Unterhause. Bei Einbringung des Beschlusses für das Heer wurde Lloyd George, der mit lautem Beifall empfangen wurde, daß die in Verleumdungen gefaßten Beschlüsse einstimmig seien. Das Haus sollte heute entgegen dem Wortsprechen der Regierung seine Billigung aussprechen, indem es diese Beschlüsse unterläßt, oder es sollte eine andere Regierung bilden, die die Verantwortung für eine Ablehnung von Entschlüssen übernehmen würde, die die für die Sicherheit des Landes für wesentlich erachtet (Beifall). Lloyd George kritisierte die Methoden zur Durchführung der Verleumdungen, erobert aber keine Veränderung gegen die Erweiterung der Befugnisse des Kriegesministers. Die Beschlüsse sind außerordentlich eingeschränkt, und es rechneten sich keine Zulassungen. Ein Haus beriet nach den Erörterungen über den Verleumdungskrieg verschiedene Heeresfragen. Die Vertrauensfrage wurde nicht gestellt.

Oesterreichs Ministerpräsident über den ukrainischen Vertrag.

Wien, 19. Febr. Bei den Gesandtschaften der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es zu einer lebhaften Szene. Der Präsident des Hauses, der die Verhandlung des Vertrages an der Dniestr. Die Polen in der nächsten Zukunft in der Saal, und einer von ihnen stimmte das polnische Volk „Nach ist Polen nicht verloren“, an, teilte aber sofort den Gehalt wieder ein. Als der Präsident fertig war, erschienen die Polen wieder im Saal. Dann wurde ein Antrag der tschechischen Sozialisten verlesen, der sich gegen den Einmarsch in Rußland richtete. Zwei als Abgeordnete tschechischer tschechischer von der Ministerkammer und der Ministerpräsident Dr. v. Seidler. Er ergreift nunmehr als erster das Wort. Während seiner Rede herrschte dieses große Tumult und Unruhe; verhältnismäßig ruhig waren eigentlich nur die Polen die ihren Protest auf einzelne Zusätze beschränkten. Am nächsten Tag gebürdeten sich die tschechischen Sozialisten. Am nächsten Tag mit wütenden Worten unterbrochen. Am nächsten Tag es der tschechische Sozialist Dr. Soutar, der unmittelbar vor Dr. v. Seidler stand und sich wie ein Abhänger benahm. Der Ministerpräsident führte in seiner Rede aus, der Friedensvertrag mit der Ukraine wird einen unmittelbaren Erfolg. Es steht außer Zweifel, daß die Getreideexporte der Ukraine größer seien, als man erwartet habe, sie können uns um so ganz nicht transportiert werden. Die Getreideexporte werden nach im letzten Wirtschaftsjahr um ungefähr 500 Millionen und die Ukraine leben unter den Bürgerkrieg, die Anarchie in ganz Rußland ist in diesem Zusammenhang begriffen. Bei diesen Worten des Ministerpräsidenten

Die Wahlrechtsvorlage im Ausschusse.

Zur Einführung der Wahlpflicht. — Ein Volksparteiler über den Wert der Konfessionen. — Die Konfessionen ziehen ihren Antrag zu Gunsten eines neuen zurück.

In der gestern fortgesetzten Ausschussberatung des § 3 (gleiches Wahlrecht) sprach zunächst ein Vize gegen den konservativen Redner vor. Er sagte, die Wahlrechtsvorlage habe ihre vor dem Kriege bedeutende Haltung völlig aufgehoben. Sie sah anfangs an den Staat angeschlossen und sie habe nicht einmal dann in Opposition, wenn sie Führer auf der Straße von Politiken tüchtig verprügelt werde; wie könne man einer solchen Partei revolutionäre Absichten zuschreiben? Die geistige Erklärung Dr. Friedbergs habe einen Umfall der Regierung; jede Art von Zusätzen sei mit dem Wesen des gleichen Wahlrechts nicht vereinbar. Wenn man das Selbstmündigkeitsmotive wolle — gut, dann aber für den ganzen Staat. In seinen weiteren Ausführungen lagte der Redner aus.

Die deutsche Welle lie in der Wahlrechts nicht lauter gelassen; er wird dafür zur Ordnung gerufen. Er kündigte auch an, daß die in der Zwischenzeit herrschende Unruhe auf die preussischen Provinzen übergetragen werde. Ein Konservativer führt aus, dem Welle sei gegenwärtig insofern der Kriegserhebung der politischen Sinn gegeben. Auch durch die Gefahr von Unruhen im Falle der Ablehnung des gleichen Wahlrechts dürfen sich die überzeugten Gegner dieses Systems, die das Volk wahrhaft lieben, nicht von ihrer Haltung abbringen lassen. Nur durch das Berufshilfs-Wahlrecht werde eine gerechte Verteilung aller Klassen und Schichten des Volkes herbeigeführt. Der konservative Antrag sei keineswegs eine Volkserhebung. Er werde leider nicht die Wahrheit finden. Wenn Weg von Blut und Tränen, und die Regierung vorschläge, den wollen die Konfessionen dem Welle erparen. Ein Konservativer wendet sich gegen ein solches Wahlrecht. Man habe dieses nicht einmal für den Reichstag, wo die großen Berufs- und Wirtschaftsklassen gehören, um wieviel weniger könne es für den Landtag, wo es sich um Kirchen, Schul-, Kunst- und Wissenschaftsfragen handelt. Zum Mehrheitsminder werden das Zentrum Stellung nehmen, sobald bestimmte Anträge vorliegen. Ein Nationalliberaler spricht sich für die Einführung der Wahlpflicht aus. Wenn das Wahlrecht eine staatliche politische Funktion sei, so könne man das Wahlrecht als eine politische Pflichtverletzung betrachten. Als Strafen könne man Geldstrafen von 1 Mark bis 50 Mark und daneben den dreifachen Jahresfängnisstrafe festsetzen. Der Ministerialdirektor gibt Auskunft über die Erfahrungen mit der Wahlpflicht in Braunschweig und Belgien. Ein Zentrumredner wendet sich darauf hin, daß die christlichen Arbeiter sich gegen den Streit erklären haben, und daß im Westen auch sozialdemokratische Führer Seite an Seite mit den Christlichen gegen den Streit Stellung genommen haben. In ganz rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben heute 5 Prozent der Arbeiter zwei Tage mit in der mäßigen Durschführung, aber mir müde nach dem Kriege auch die politische Gleichberechtigung bekommen. In der preussischen Arbeiterklasse ist ein Opfergeist, eine solche Heidenbegeisterung vorhanden, daß sie es verdienen, anders beurteilt zu werden, als die Konfessionen es tun. Verantwortlich für die Parteizüge sind nicht etwa einzelne Heber, sondern die Agitation von sehr hoher Stelle gegen das Reichswahlrecht. Angehörige der sehr ungerichten Wahlrechts-einstellung wird die Gleichheit des Wahlrechts nach nicht einmal nach ihrer Haltung abbringen lassen. Die Verabschiedung der letzten Wahlrechts und die Zusammenfassung des Verordnungs und Sicherungen genug gegen die befristete Radikalisierung. Die christlichen Arbeiter verlangen das gleiche Wahlrecht und erwarten, daß die Regierung es durchführt. Sollte die Regierung zögern, zaudern oder umfallen, so würde sie sich nicht mindern, wenn das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihr erschüttert wird. Ein Volksparteiler erwidert aus: Bei der Rede des Konservativen konnte man den Gedanken nicht los werden, daß dieser Redner für politisch weit eigentlich nur diejenigen Wähler hält die geeignet sind, für die Konfessionen zu stimmen. Einen wirksamen Maßstab für die Beurteilung der politischen Reife gibt es überhaupt nicht. Die Zusatzstimme für Vermögen und Besitz deutet nur einen verdünnten Maßstab des Dreiklassenwahlrechts an, und ist völlig unannehmbar. Auf dem letzten Lande würde jeder diese Zusatzstimme bekommen, in den Städten nicht. Wenn man einem Staatsbürger eine Stimme auf Grund seiner Bildung zulegt, so legt man dadurch, daß alle übrigen ungebildet sind. Die Berücksichtigung der Alterszahl würde die entgegengesetzte Wirkung erzeugen, wie sie den Antragstellern vorkommt, denn es ist ja bekannt, daß das Pro-

zentrat die meisten Kinder hat. Wenn wir zum Dreiklassenwahlrecht übergehen und ein wirklich gerechtes Wahlrecht schaffen wollen, das Berücksichtigung im Volk trägt, so wird der Weg der Regierungsvorlage der einzig richtige sein. Der Redner warnt die Regierung, davon abzugehen. In der landwirtschaftlichen Berufsgruppe würden die Wähler einer Klasse 40mal soviel zu sagen haben, als die in der zweiten, und 77mal soviel als die Wähler in der dritten Klasse, während bei dem Dreiklassenwahlrecht der Verhältnis wie 10 zu 100 und bei der praktischen Wirkung wäre also, daß das Wahlrecht 1 ist. Die praktische Wirkung würde also, daß das Wahlrecht nicht proportional wäre. Die Konfessionen sollten nicht zögern, daß nicht mehr dazu beigetragen hat, die Sozialdemokratie in Preußen zu radikalisieren, als das Dreiklassenwahlrecht. Diese Radikalisierung wird man, wenn man den Wähler die Rechtsgleichheit vor dem Gesetz weitert, nähren. Das Meer von Blut und Tränen,

von dem der Konfessionen gesprochen hat, wird dann kommen, wenn dem Weg einschlägt, den die Konfessionen wollen. Auf die Dauer wird man den preussischen Staatsbürger die Gleichberechtigung nicht orientieren können. Der König war gut beraten, als er seine Volkspartei hinausgehen ließ. Heute ist noch einmal die Stunde gekommen, die Krone mit der großen Klasse des Volkes für immer ungetrennt zu verbinden. Weicht die Krone in diesem Augenblick von der Seite, so würde die Meinung hervorgerufen, daß es nicht mehr und nicht insofern die Schicht gelungen ist, dieses in einer Stunde in festerer Weise gegebene Verprechen der Krone nicht einzuhalten, dann werden verhängnisvolle Situationen eintreten.

Ein konservativer Redner erklärt, seine Partei hätte am liebsten ein etwas beschränkteres Wahlrecht vorgezogen. Ein solches Wahlrecht, welches schon die wichtigsten Elemente in das Parlament zu bringen, die Wähler hätten so viel gelernt, daß sich wohl jeder 6000 Mark zurechtlegen (!) habe, also zur Ergänzungsteuer veranlagt sei, und außerdem sei ihr Verdienst so hoch, daß sie wohl überall mehr als den Durchschnitt an Steuern zahlten. Da in dem Ausschuss für den konservativen Antrag keine Mehrheit sei, werde er zur Aufgabe genommen und nicht eingebracht werden. Dieser sehr dem Kompromiss vom Reichstag her, unter dieses werde die konservative Partei nicht heruntersinken. Ein radikales Landtagswahlrecht würde ein radikales Gemeindefeldrecht zur Folge haben und die Größtstädte schließlich den unabhängigen Sozialdemokraten ausliefern.

Ein Sozialdemokrat betont, daß mit den Ausführungen Dr. Friedbergs verfahren habe; erkläre sie sich überhaupt nicht. Die Wähler für das Zustandekommen der Reform nicht vergrößert werden. Gegen ein gleiches Wahlrecht würden sowohl die Konfessionen als auch manche Anhänger des gleichen Wahlrechts stimmen. Nach diesem Kriege könne man unmittelbar das Wahlrecht nach Einkommen und Vermögen aufstellen. Die Selbstmündigkeit lediglich in den gewerkschaftlichen Landesstellen einzuführen, würde ein Ausnahmestück gegen die Wähler bedeuten.

Ein anderer Nationalliberaler führt aus, die Grundlagen des Liberalismus in der Bedeutung und Freiheit der Persönlichkeit, sich nach ihren Eigenschaften betätigen zu können, bestehen, das gleiche Wahlrecht aber dies verneinen. Ein Wahlrecht würde durchaus nicht platonisch zu wirken, man könne ja auch für verdienstvolle Tätigkeit in der Selbsttätigkeit, Eigenarbeit, in Beruf und Marine, als Beamter, Angestellter oder Arbeiter in dem gleichen Betriebe Zusatzstimmen geben. Eine Ausdehnung der Verhältniswahl auf den ganzen Staat oder größere Gebiete würden seine Freunde überreden. Ein Konservativer glaubt, daß die Verantwortlichen des gleichen Wahlrechts zum Teil weniger von ihrer Verheißung getrieben seien, als unter dem Druck der Masse und der öffentlichen Meinung liegen.

Der neue konservative Vorschlag will der einen Grundbesitzer jedes Wählers ist eine Zusatzstimme hinzuzufügen auf Grund des Lebensalters und der Zahl der erwerbenden Kinder (50 Jahre, mindestens drei eheliche Kinder, die das 14. Lebensjahr vollendet haben), des Vermögens (Veranlagung zur Ergänzungsteuer), des Einkommens (über 3000 Mark), der selbständigen Erwerbstätigkeit (Beschäftigung mindestens einer verheirateten weiblichen Person oder selbständiger Handarbeit von mindestens 2 Jahren), der Schulbildung (Erreichung des zehnten Grades einer mehr als sechsstündigen höheren Schule oder der Aufnahme in die dritte Garniturklasse einer Lehrerbildungsanstalt. Weiterberatung Mittwoch nachmittag.

ten brach ein furchtbarer Tumult aus. Dr. Soutar trommelte wieder mit der Faust auf dem Pult des Ministerpräsidenten, von allen Seiten kamen Zurufe: „Deswegen sollen die deutschen Truppen nach der Ukraine marschieren, die wütenden dagegen.“ Zunächst konnte für einige Zeit Ruhe geschaffen werden, und Dr. v. Seidler vermochte seine Rede fortzusetzen und zu beenden unter großem Lärm bei den Polen und Hundstößen bei den Ruthenen. Nach Schluß der Rede umringte die Partei der Arbeiterschaft den Platz des Ministerpräsidenten, applaudierten und schüttelten dem Minister die Hände.

Die russisch-rumänischen Kämpfe.

Berlin, 18. Februar. (Meldung der P. T. M.) Die Meldung von der Einnahme von Kichinev durch die Rumänen ist noch nicht bestätigt, doch finden ansehnliche rumänische Truppenkolonnen in der Gegend. Das russische Oberkommando hat energische Maßnahmen ergriffen, um die Anstöße im Westgebiete von Dnestr zurückzuweisen, und stellt Truppen und Artillerie an verschiedenen Punkten auf. Zunächst konnte für einige Zeit Ruhe geschaffen werden, und Dr. v. Seidler vermochte seine Rede fortzusetzen und zu beenden unter großem Lärm bei den Polen und Hundstößen bei den Ruthenen. Nach Schluß der Rede umringte die Partei der Arbeiterschaft den Platz des Ministerpräsidenten, applaudierten und schüttelten dem Minister die Hände.

der Donau-Mündung und am Ufer des Schwarzsee Meeres und lassen den rumänischen Truppen Widerstand. Die zur See entsandten Besatzungen an Marine-Batterien sollen eine gegenseitige Offensiv vornehmen. In Obessa wurden Gefangenennahmen gegen die rumänischen Militärbeamten ergriffen. Der Chef der Militärpolizei wurde verhaftet; die Offiziere leben in der Stadt unter beschwerlichen Verhältnissen.

Die überraschten Bolschewiki.

Berlin, 20. Febr. Die Mitglieder der bulgarischen Delegation in Petersburg teilten nach ihrer Rückkehr mit, daß die Nachricht, daß die Deutschen den Waffenstillstand als Gegenstand ansehen, unmittelbar vor ihrer Abreise in Petersburg zur Veröffentlichung gelangte. Sie riefen in beschwerlichen Schreien hervor. Mit dieser Eventualität hätten die Bolschewiki nicht gerechnet. Überall begannen sie auf der Heimfahrt großen russischen Truppenmassen, die den Beschäftigten, sofort an die Front zurückzuführen. Die Bolschewiki stimmten mit großen Bedauern mittelgroße zuzugreifen. In Petersburg herrscht ansehnliche Hungersnot.